

UGANDA

MATHIAS KAMP

Juli 2016

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)[www.kas.de](http://www.kas.de)

## Erneute Eskalation im Südsudan

BLEIBT DER FRIEDEN EINE ILLUSION?

**Der jüngste Staat der Welt wurde am 9. Juli 2016 fünf Jahre alt. Doch die Feiern fielen aus. Stattdessen eskalierte erneut die Gewalt und forderte hunderte Todesopfer. Auch wenn vorläufig wieder Ruhe eingeleitet ist - ein eilig ausgerufenen Waffenstillstand scheint zunächst zu halten - so wird doch deutlich, wie schwierig die Lage im Südsudan bleibt und wie unzureichend die Umsetzung des Friedensabkommens vom August 2015 vorangeschritten ist. Die Fähigkeit und der Willen der südsudanesischen Protagonisten zur Sicherung des Friedens muss ebenso in Frage gestellt werden wie die Strategie der internationalen Akteure. Ein stabiler Frieden im Südsudan ist wieder in weite Ferne gerückt und die weitere Verschärfung der humanitären Katastrophe scheint unaufhaltbar.**

Die Fernsehbilder sprechen Bände: Während der südsudanesischen Präsident Salva Kiir und sein Vize Riek Machar sich in einer gemeinsamen Pressekonferenz am 8. Juli zu einer bewaffneten Auseinandersetzung am Vortag äußern und ihr Festhalten am Friedensabkommen betonen, fallen plötzlich Schüsse. Vor der Haustür des Präsidentenpalastes liefern sich die Truppen der beiden Hauptprotagonisten der anhaltenden Krise im Südsudan Gefechte. Kiir und Machar scheinen beide überrascht und suchen eilig Schutz. Die von den anwesenden Kameras festgehaltene Szene fasst die Verwirrung der Lage gut zusammen und wirft die Frage auf, inwieweit die Führer des Landes noch über die Kontrolle über ihre Truppen verfügen. Oder treiben sie etwa ein doppeltes Spiel?

Was genau zur erneuten Eskalation geführt hat bleibt unklar. Die beiden nach wie vor verfeindeten Lager Kiirs und Machars - in Folge eines Friedensabkommens eigentlich unter einer wackligen „Regierung der natio-

nen Einheit“ zusammengeführt - weisen sich gegenseitig die Schuld zu.

Vorangegangen waren bereits Wochen und Monate der Anspannung. Die Umsetzung des Friedensabkommens vom August 2015 verlief schleppend. Erst im April 2016 war Riek Machar aus dem Exil nach Juba zurückgekehrt, um dort - nachdem er in einem zweijährigen Bürgerkrieg die Rebellentruppen geführt hatte - erneut den Posten des Vizepräsidenten anzutreten. Zuletzt hatten sich die Anzeichen gemehrt, dass ein Rückfall in die Gewalt bevor stehen könnte. Auch südsudanesischen Partner der Konrad-Adenauer-Stiftung hatten ihre Sorgen dahingehend geäußert. Bereits im Juni kam es wieder zu Kampfhandlungen. In der Stadt Wau im Nordwesten des Landes forderten Kämpfe - deren Ursache und Verlauf nicht endgültig geklärt ist - dutzende Todesopfer und schlugen über 120.000 Menschen in die Flucht.

Die Pressekonferenz mit Kiir und Machar am Vorabend des Unabhängigkeitstages war eine Reaktion auf ein Ereignis am Vortag. Bei einer Straßenkontrolle war es zu einem Zusammenstoß zwischen Kiirs und Machars Anhängern gekommen. Fünf Soldaten aus Kiirs Truppen wurden dabei getötet. Was sich dann während der Pressekonferenz genau außerhalb des Präsidentenpalastes abgespielt hat und wer wen angegriffen hat, bleibt unklar. Die Schießerei jedenfalls führte zu einer Kettenreaktion. Schnell griffen die Kämpfe auf andere Stadtteile über, schwere Geschütze kamen zum Einsatz, Panzer rollten durch die Straßen. Medien berichteten unter anderem von Hubschrauberangriffen auf die Residenz von Vizepräsident Machar. Nach Explosionen in der Nähe des Flughafens wurde dieser geschlossen.

Im Zuge der Kampfhandlungen zwischen Freitag, 8. Juli, und Montag, 11. Juli, kamen mindestens 300 Menschen ums Leben, da-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## UGANDA

MATHIAS KAMP

Juli 2016

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

runter dutzende Zivilisten, sowie zwei chinesische Blauhelmsoldaten. Es kam zu Angriffen auf Diplomatenfahrzeuge und auch in unmittelbarer Nähe des Stützpunktes der UN-Mission UNMISS gab es heftige Gefechte und Granateneinschläge. Rund 30.000 Zivilisten haben dort Schutz gesucht.

Drei Tage lang hielten die Kämpfe an. Unterdessen wiesen sich beide Seiten gegenseitig die Schuld zu. Während ein Sprecher von Präsident Kiir berichtete, man habe Angriffe seitens der Truppen von Vize Machar abgewehrt, sprach Machar selbst von Angriffen auf seinen Amtssitz und „systematischen Tötungen“ seiner Soldaten durch Kiirs Truppen. Sein Sprecher ließ sich gar zu der Äußerung hinreißen, man befinde sich „wieder im Krieg“.

Am Montagabend kehrte zunächst Ruhe ein. Beide Seiten hatten einen Waffenstillstand ausgerufen. Doch für eine Entwarnung ist es zu früh. Beobachter gehen davon aus, dass die Kämpfe jederzeit wieder aufflammen können. Es wird befürchtet, dass beide Seiten nach den chaotischen und unkoordinierten Gefechten der letzten Tage die Feuerpause nutzen, um sich für weitere Gefechte zu positionieren. Gut möglich, dass die Ereignisse die Rückkehr zum blutigen Bürgerkrieg einläuten.

Die Menschen in Juba sind traumatisiert. Tausende von Ihnen - Schätzungen gehen von über 40.000 Menschen aus - haben sich auf die Flucht begeben. Viele haben sich in ihren Häusern verschanzt oder in Schulen und Kirchengebäuden Schutz gesucht. Man kann davon ausgehen, dass die Opferzahl noch nach oben korrigiert werden muss, denn vielen Zivilisten gelang es nicht, rechtzeitig sichere Schutzzonen aufzusuchen. Die humanitäre Lage in Juba verschärft sich derweil von Stunde zu Stunde, medizinische Hilfe kann ebenso wie die Nahrungsmittelversorgung nicht hinreichend gewährleistet werden. Augenzeugen - darunter auch südsudanesischen Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung - berichten von Leichen in den Straßen. Auf eine Rückkehr zur Normalität wagt niemand zu hoffen. Die Lage bleibt dramatisch.

## Internationale Reaktionen

Unmittelbar nach Aufflammen der Kämpfe meldete sich UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon zu Wort und verurteilte den „erneuten Verrat an der Bevölkerung“. Er forderte Kiir und Machar auf, die Kämpfe einzustellen und ihre Truppen unter Kontrolle zu bringen. Am Montag appellierte er an den UN-Sicherheitsrat, ein Waffenembargo und gezielte Sanktionen durchzusetzen und die UN-Friedensmission zu stärken. Der Sicherheitsrat selbst verurteilte die Kämpfe und forderte ihre sofortige Einstellung. In einer einstimmigen Erklärung stellten die Mitglieder zudem eine Aufstockung der UN-Mission in Aussicht. Auch Bundesaußenminister Steinmeier meldete sich in einer Erklärung zu Wort und forderte Kiir und Machar auf „ihre Anhänger zur Ordnung zu rufen“. „Es ist bedrückend zu sehen, dass der Südsudan auch fünf Jahre nach seiner Unabhängigkeit immer noch Schauplatz brutaler Gewaltausbrüche ist und der Friedensprozess weiter gefährdet bleibt“, so Steinmeier.

Unterdessen ist die Evakuierung aller noch im Land verbliebenen Deutschen angelaufen. Auch die USA haben ihr Personal zum Großteil abgezogen, ebenso wie die EU, die ihr Personal nach Nairobi ausflog. Auch viele Mitarbeiter internationaler NGOs und Hilfsorganisationen haben den Südsudan verlassen - zumeist Richtung Kenia.

Die USA riefen die Nachbarländer auf, sich auf eine Truppenentsendung in den Südsudan vorzubereiten. Dies hatte auch der UN-Sicherheitsrat betont. Die Regionalorganisation IGAD (Intergovernmental Authority on Development), die das Friedensabkommen vom August 2015 vermittelte und der unter anderem die Nachbarstaaten Sudan, Kenia, Uganda und Äthiopien angehören, forderte ebenfalls eine Truppenaufstockung. Bei einer eilig einberufenen Sondersitzung empfahlen die Mitglieder die Einrichtung einer „Interventionsbrigade“, mit einem Mandat zum aktiven Eingreifen in Kampfhandlungen. Hierzu müsste allerdings zunächst eine Resolution des UN-Sicherheitsrates verabschiedet werden. Riek Machar hat unterdessen die Einrichtung einer „Pufferzone“

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## UGANDA

MATHIAS KAMP

Juli 2016

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

zwischen seinen Truppen und Regierungstruppen Salva Kiirs gefordert.

Besonders im Fokus steht die Afrikanische Union (AU), deren Exekutivrat derzeit (vom 10. bis zum 18. Juli) in der ruandischen Hauptstadt Kigali tagt. Neben den bereits erfolgten Friedensappellen werden hier vor allem Impulse mit Blick auf die Verstärkung der Friedenstruppen erwartet.

UN-Organisationen äußerten derweil ihre Sorge über die sich verschärfende humanitäre Krise im Südsudan. Das Flüchtlingshilfswerk UNHCR forderte die Nachbarstaaten auf, ihre Grenzen für Flüchtlinge zu öffnen.

Die Reaktion im südlichen Nachbarland Uganda zeigt, dass die Sorge vor einer Rückkehr zu Bürgerkriegszuständen groß ist. Ein Sprecher der ugandischen Armee betonte zunächst, dass Uganda keine Absicht habe, militärisch einzuschreiten. Später wurde verkündet, dass Uganda ein Truppenkontingent entsenden würde, allerdings nur, um mehrere Tausend ugandische Bürger aus dem Südsudan zu evakuieren.

Ugandische Truppen hatten bei Ausbruch des Bürgerkrieges Ende 2013 eine wichtige Rolle gespielt und unter anderem dazu beigetragen, die Kämpfe in Juba schnell einzudämmen. Uganda wurde jedoch für die einseitige Unterstützung von Kiirs Lager kritisiert.

### Von der Hoffnung zur Katastrophe

Um die Situation im Südsudan zu verstehen ist ein Blick auf die jüngere Geschichte notwendig. Erst im Juli 2011 erlangte das Land als jüngster Staat der Welt seine Unabhängigkeit vom Sudan. Vorangegangen waren Jahrzehnte des Konflikts zwischen dem Norden und Süden des damaligen Sudans. Nach der Unabhängigkeit des Sudans im Jahr 1956 beschuldigten Führer des Südens die Regierung in Khartoum, das Versprechen der Einführung eines föderalen Systems gebrochen zu haben und stattdessen eine landesweite Strategie zur Durchsetzung der islamischen und arabischen Kultur zu verfolgen. Es kam zu einem Aufstand

von Teilen der Armee und in der Folge zum ersten Bürgerkrieg zwischen der Regierung in Khartoum und den Kräften im Süden des Landes. Dieser endete 1972 mit dem Friedensabkommen von Addis Abeba, das dem Süden einen gewissen Grad an Autonomie einräumte. Als die sudanesischen Regierung dann die Autonomieregelungen abschaffte, kam es 1983 erneut zu einer bewaffneten Rebellion unter Führung des Sudan People's Liberation Movement (SPLM) und dessen militärischem Flügel, der Sudan People's Liberation Army (SPLA). Es folgten 22 von blutigen Gefechten und Guerillakampf geprägte Jahre des Krieges. Schätzungsweise über zwei Millionen Menschen verloren in dieser Zeit ihr Leben, über vier Millionen wurden zu Flüchtlingen, viele Südsudanesen flohen in den Norden oder in die Nachbarländer. Das Trauma dieses Bürgerkrieges prägt bis heute den Alltag im Südsudan.

Der Konflikt endete 2005 mit einem umfassenden Friedensabkommen, das dem Süden regionale Autonomie und Mitwirkung an einer auf dem Prinzip der Machtteilung beruhenden nationalen Regierung garantierte. Nach mehreren Jahren der Vorbereitung entschieden sich die Menschen im Südsudan im Jahr 2011 schließlich im Rahmen eines Referendums mit einer Mehrheit von 99 Prozent für die Unabhängigkeit.

Die anfängliche Euphorie der Unabhängigkeit wich aber bald der Ernüchterung. Es zeigten sich - trotz massiver Unterstützung der internationalen Gebergemeinschaft - schnell gravierende wirtschaftliche Probleme. Und es wurde deutlich, dass mit dem Wegfall des vereinenden und Identität stiftenden Kampfes gegen den Norden die internen Differenzen und Brüche im Land offen zu Tage treten würden. Die politischen Eliten, die nun ihre Zeit gekommen sahen, gerieten untereinander in Konflikt. Die Gier nach Macht und Ressourcen stand dem Aufbau eines demokratischen Staates und der Förderung einer nationalen Identität im Weg. Im Dezember 2013 kam es schließlich zur Eskalation.

Auslöser war das Zerwürfnis der beiden führenden Männer im Staat: Präsident Salva Kiir und Vizepräsident Riek Machar. Beide

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## UGANDA

MATHIAS KAMP

Juli 2016

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

waren zentrale Figuren im Unabhängigkeitskampf gewesen - als Führer verschiedener Fraktionen der Befreiungsbewegung - und machten daher Führungsansprüche geltend. Sie vertraten zudem die beiden größten ethnischen Gruppen im Land: Kiir ist Dinka, Riek Machar gehört der Volkgruppe der Nuer an. Für die Einheit des Landes erschien die Involvierung dieser beiden Personen in die politische Führung unabdingbar.

Präsident Kiir überwarf sich jedoch schon kurz nach seiner Vereidigung mit Machar. Im Sommer 2013 entließ Kiir seinen Vize, nachdem dieser signalisiert hatte, selbst für das Präsidentenamt kandidieren zu wollen. Im Dezember beschuldigte er dann ihn, einen Putsch geplant zu haben. Als es zur gezielten Entwaffnung und Verfolgung von Nuer kam, sammelte Machar die ihm gegenüber loyalen Truppen zu einer Rebellenarmee und zog in den bewaffneten Kampf. Die Armee spaltete sich in zwei Lager: Kiirs „SPLM in government“ (SPLM-IG) und Machars „SPLM in opposition“ (SPLM-IO). Damit nahm ein blutiger Bürgerkrieg seinen Lauf. Das Land versank immer mehr im Chaos. Zahlreiche Milizen bildeten sich, kämpften untereinander und begangen dabei zum Teil schlimmste Kriegsverbrechen. Der Wettstreit um Zugang zu den Ölvorkommen des Landes und die Politisierung der Ethnizität verschärften den Konflikt zusätzlich. Zehntausende Menschen verloren ihr Leben, über zwei Millionen wurden zu Flüchtlingen. Viele weitere litten unter einer durch den Krieg ausgelösten Hungersnot und humanitären Krise.

Mit internationaler Vermittlung und unter Leitung der IGAD führten zähe Verhandlungen schließlich im August 2015 zu einem Friedensabkommen. Die Kämpfe gingen in Teilen des Landes jedoch trotzdem noch mehrere Monate lang weiter. Erst im April 2016 kam es schließlich wie im Abkommen vorgesehen zur Bildung einer Übergangsregierung der nationalen Einheit. Machar kehrte nach Juba zurück und wurde erneut als Vizepräsident vereidigt.

### Realitätsfernes Friedensabkommen?

Die Ausgestaltung des Friedensabkommens sahen viele Beobachter äußerst skeptisch. Der aktuelle Rückfall in den bewaffneten Konflikt scheint diese Kritik zu bestätigen. Hauptkritikpunkt ist die Tatsache, dass das Friedensabkommen im Grunde eine Rückkehr zum Status Quo vor dem Bürgerkrieg bedeutet: der Versuch einer politischen Machtteilung zwischen den beiden rivalisierenden Kriegsfürsten Kiir und Machar. Eine Regierung in dieser Konstellation genießt weder das Vertrauen der Bevölkerung noch die demokratische Legitimierung; gleichzeitig bietet sie keine Basis für politische Stabilität und einen konsequent verfolgten Friedensprozess. Auch die Frage der juristischen Aufarbeitung des Krieges wurde hinten angestellt. Sowohl Kiir als auch Machar und ihren jeweiligen Armeen werden schwere Kriegsverbrechen vorgeworfen.

Besonders heikel ist die Frage nach der Wiedereingliederung der Rebellen in die staatliche Armee. Insbesondere in der Hauptstadt sorgt dies für Spannung. Mit Machar kehrten auch mindestens 1.300 seiner Soldaten als „Schutztruppe“ nach Juba zurück. Dort stehen sie auf engstem Raum den Regierungstruppen von Kiir gegenüber - unversöhnt und voller gegenseitigem Misstrauen. Die eigentlich geplanten gemeinsamen Patrouillen zur Friedenssicherung in der Stadt verzögerten sich, stattdessen kam es immer wieder zu Spannungen und kleineren Zwischenfällen, bis die von vielen Beobachtern prophezeite Eskalation schließlich Realität wurde.

Die Reduzierung auf die zwei Lager der gespaltenen SPLM ist ein weiterer Schwachpunkt des Abkommens, der die effektive Befriedung des Landes erschwert. Denn im Schatten der chaotischen Bürgerkriegszustände haben sich zahlreiche Milizen gebildet, zum Teil als Abspaltungen oder Verbündete der zwei großen Lager, zum Teil aber auch aus Bewegungen der kleineren ethnischen Gruppen jenseits der Nuer und Dinka. Sie wurden bei den Friedensverhandlungen außen vor gelassen und sehen keinen Nutzen in der Rückkehr zur Machtteilung zwischen Kiir und Machar.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

MATHIAS KAMP

Juli 2016

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Doch nicht nur die Truppeneingliederung bereitet Probleme. Auch andere Kernpunkte des Friedensabkommens wurden bisher entweder gar nicht oder nur sehr zögerlich umgesetzt. Weder die Teilentmilitarisierung Jubas noch die Einrichtung eines Kriegsverbrechertribunals wurden bisher ernsthaft angegangen. Letzteres scheint vor allem am Widerstand Kiirs zu scheitern. Abgesehen von der Einrichtung der Übergangsregierung, dessen Kabinett neben Machar auch zehn seiner Vertrauten angehören, wurde nicht viel erreicht. Das Übergangsparlament ist nicht arbeitsfähig, unter anderem aufgrund von Streitigkeiten über die Einsetzung des Parlamentssprechers, und auch die geplante Kommission zur Verfassungsreform wurde nicht eingesetzt. Es erscheint unwahrscheinlich, dass in der jetzigen Konstellation die vielen notwendigen (Reform-)Maßnahmen konsequent verfolgt werden: die Bekämpfung der Korruption, die Reform des Sicherheits- und Justizsektors, die Entwaffnung und Demobilisierung bzw. Wiedereingliederung der Truppen und Milizen, die juristische Aufarbeitung des Krieges, und nicht zuletzt die Bewältigung der humanitären Krise.

Insgesamt wurde sehr schnell deutlich, dass der politische Wille zur Umsetzung des Friedensabkommens kaum vorhanden ist. Insbesondere in Kiirs Lager scheint der Widerstand groß zu sein. Kiir selbst hatte mehr Zeit für Verhandlungen gefordert und schon bei der Unterzeichnung die Umsetzbarkeit des Abkommens in Frage gestellt. Unter Druck der internationalen Akteure unterschrieb er letztlich ein Abkommen, an das er selbst nicht glaubte. Er wiederholte seine Kritik mehrmals - zuletzt in einem Fernsehinterview kurz vor dem Wiederaufflammen der Kämpfe. Machar habe sich mit der internationalen Gemeinschaft verschworen, um seine Regierung zum Scheitern zu bringen, so Kiir.

Kritische Beobachter sehen ein ganz anderes Problem mit Blick auf die Rolle der internationalen Gemeinschaft: Nachdem immenser Druck ausgeübt wurde, um eine Unterzeichnung des Friedensabkommens zu erreichen, wurde nicht mit der gleichen Vehemenz die Umsetzung gefördert. Der

Südsudan rückte aus dem Fokus, die Vermittlerrolle der IGAD wurde vernachlässigt. Problematisch ist auch, dass die Nichtumsetzung des Friedensabkommens bisher keine Konsequenzen nach sich zieht. Die Möglichkeit von Sanktionen wurde kaum diskutiert. Die nun wieder aufkommende Forderung nach einem Waffenembargo war zuvor unter anderem von den USA und China zurückgewiesen worden. Die gemeinsame Monitoring- und Evaluierungskommission (Joint Monitoring and Evaluation Commission, JMEC), ein internationales Gremium, das die Umsetzung des Friedensabkommens überwachen soll, verhielt sich selbst bei offenen Verstößen gegen das Abkommen extrem zurückhaltend. Ein Beispiel: Eine der wichtigsten Klauseln des Abkommens sieht vor, dass Machars Lager die Kontrolle über zwei der insgesamt zehn Bundesstaaten bekommen sollte. Kiir unterwanderte diese Abmachung, indem er die zehn Staaten in 28 neue Staaten unterteilte und dort jeweils Leute aus seinem Lager zu Gouverneuren ernannte. Es kam zu keiner offiziellen Kritik seitens des JMEC und die Angelegenheit blieb bisher ungelöst.

#### **Kein Grund zu feiern - und kein Geld**

Auch ohne die Eskalation der Gewalt hätte es keine Feiern zum fünften Jahrestag der Unabhängigkeit gegeben. Dem Staat fehlte schlichtweg das Geld, um Feierlichkeiten organisieren zu können. Die Wirtschaftslage im Land ist katastrophal. Die Inflation liegt bei rund 300 Prozent. Lebensmittelpreise haben sich im Laufe dieses Jahres teilweise vervierfacht. Der Staat ist de facto bankrott, die Infrastruktur in erbärmlichem Zustand. Staatsbedienstete und Soldaten werden zum Großteil seit Monaten nicht mehr bezahlt. Der Internationale Währungsfonds (IWF) mahnt, dass ohne dringende Anpassungsmaßnahme der völlige wirtschaftliche Kollaps droht.

Ein desaströses Management hat die Wirtschaft des Landes ausgehöhlt, die hohen Kriegsausgaben und der Verlust von Milliarden von US-Dollar durch Korruption haben zu leeren Kassen geführt. Dabei ist das Land reich an Ölvorkommen. Doch der Fall der Ölpreise, anhaltender Streit mit dem

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## UGANDA

MATHIAS KAMP

Juli 2016

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Sudan, auf den man zur Verarbeitung und zum Export des Öls angewiesen ist, sowie die Folgen des Bürgerkrieges haben die Öleinnahmen drastisch sinken lassen. Die Ölförderung ist weitgehend zum Erliegen gekommen. Dabei ist der Staatshaushalt eigentlich zu fast drei Vierteln aus Öleinnahmen finanziert, die 98 Prozent der Staatseinnahmen ausmachen. Die Ölfelder befinden sich zudem in den besonders umkämpften nördlichen Bundesstaaten Unity und Upper Nile, der Heimat von Riek Machar. Der Zugang zu den Ölquellen und den Einnahmen aus dem Ölgeschäft ist ein wichtiger Konfliktfaktor.

Der Südsudan ist dringend auf finanzielle Hilfen aus dem Ausland angewiesen. Theoretisch stünden diese durchaus zur Verfügung. Die USA und andere Gebern hatten im Falle der Einrichtung einer Übergangsregierung großzügige Wirtschaftshilfen in Aussicht gestellt, doch die Zustände in der Administration und die weitgehende Handlungsunfähigkeit der Regierung haben die Anweisung der Mittel bisher verhindert. In der Vergangenheit verschwanden bereits große Summen von Hilfszahlungen im Kontext von Intransparenz, Korruption und persönlicher Bereicherung der politischen Eliten im Land.

### Das Volk leidet

Während die politische Elite das Land ruiniert und mit Gewalt überzieht, leidet die Zivilbevölkerung in einem unvorstellbaren Ausmaß. Berichte von Menschenrechtsorganisationen sowie einer Ermittlergruppe der Afrikanischen Union unter Leitung des ehemaligen nigerianischen Präsidenten Olesgun Obasanjo prangerten schlimmste Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen während des Bürgerkriegs an. Beiden Seiten werden Massaker an Zivilisten und systematische Angriffe auf zivile Ziele wie Kirchen, Moscheen, Krankenhäuser und Flüchtlingslager vorgeworfen. Mitunter wurden ganze Dörfer dem Erdboden gleich gemacht. Augenzeugen berichteten zudem von Folter und Verstümmelungen, Vergewaltigungen und Fällen von erzwungenem Kannibalismus. Internationale Menschenrechtsstandards und humanitäres Völker-

recht wurden von allen Konfliktparteien völlig ignoriert.

Verschärft wird die Gewalt durch die ethnische Dimension des Konfliktes. Auch wenn der ursprüngliche Konfliktfaktor der politische Streit der Eliten ist, so hat jedoch der ethnische Faktor zunehmend an Bedeutung gewonnen. Im Wettstreit der kleptokratischen Netzwerke der Eliten nach der Logik eines Nullsummenspiels um die staatliche Macht und den Zugang zu den Ressourcen des Landes bietet die politisierte ethnische Identität den Politikern und Militärs ein effektives Mittel zur Sicherung der Loyalität und Mobilisierung ihrer Kräfte. Obwohl im Südsudan über 60 verschiedene Volksgruppen leben, steht dabei der Konflikt zwischen den zwei größten ethnischen Gruppen im Vordergrund: während Präsident Kiir der mit rund 36 Prozent der Bevölkerung größten Ethnie der Dinka angehört, stammt Vizepräsident und Widersacher Machar von der Nuer-Volksgruppe, die rund 16 Prozent der Bevölkerung ausmacht. Beide setzen auf die Loyalität ihrer jeweiligen Volkgruppe und wurden im Bürgerkrieg von Milizen unterstützt, die gezielt Massaker an der jeweils anderen Ethnie verübten.

Infolge des Bürgerkriegs und der anhaltenden Kämpfe befinden sich rund 2,5 Millionen Südsudanesen auf der Flucht - die meisten von ihnen im eigenen Land. Die humanitäre Lage im Land ist dramatisch. Die Folgen von Krieg und Vertreibung in Kombination mit klimatischen Faktoren hat zu akuter Nahrungsmittelknappheit geführt. Das Überleben im Südsudan ist zum täglichen Kampf geworden. Etwa drei Millionen Menschen leiden bereits Hunger. Und laut UN könnte bald fast die Hälfte der 11 Millionen Einwohner des Südsudans von Nahrungsmittelknappheit betroffen sein. Ohne groß angelegte Hilfsprogramme droht vielen Menschen, vor allem Kindern, der Hungertod. Doch schon jetzt sind die zur Verfügung stehenden Hilfsgelder unzureichend. Und durch die neuen Kämpfe und den Abzug der Mitarbeiter von Hilfsorganisationen wird die weitere Umsetzung von Hilfsprogrammen gefährdet.



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

MATHIAS KAMP

Juli 2016

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Auch die medizinische Versorgung der Bevölkerung ist nicht gewährleistet und es mangelt am Zugang zu sauberem Trinkwasser. Ein weiterer Faktor: Bildung. Drei Viertel der Südsudanesen sind Analphabeten. Durch den Konflikt werden nun auch weite Teile der heranwachsenden Generation am Zugang zur Bildung gehindert. Ein Teufelskreis, denn fehlt es den jungen Menschen an Bildung und Perspektiven sind sie leicht zu instrumentalisieren. Viele schließen sich den Milizen an und beteiligen sich am einzig florierenden Gewerbe: der Kriegsführung. Ihre Eltern hatten in Jahrzehnten des Krieges kaum die Möglichkeit die Logik von Konflikt und Gewalt zu überwinden und zivile gesellschaftliche Strukturen aufzubauen. Im schlimmsten Fall droht nun den jungen Menschen ein ähnliches Schicksal.

#### Wer hat die Kontrolle?

Zu großen Diskussionen - und zum Teil wilden Spekulationen - führt die Frage, inwieweit die beiden Protagonisten Kiir und Machar noch die Kontrolle über ihre Truppen haben und ob die Fokussierung auf die beiden Widersacher der Komplexität der Lage gerecht wird. Auf den ersten Blick scheint es jedenfalls, als ob beide von den Ereignissen am Vorabend des Unabhängigkeitstags überrumpelt wurden. Trotz ihrer Appelle hielten die Gefechte mehrere Tage an. Die Sorge ist groß, dass sie nicht mehr Herr der Lage sind.

Das Friedensabkommen sieht vor, dass für eine eineinhalbjährige Übergangszeit die parallelen Kommandostrukturen der beiden Lager aufrecht gehalten werden. Kritiker sehen darin ein Kernproblem, welches die Integration der Truppen unterwandert. De facto stehen sich zwei nach wie vor separate Truppen auf engstem Raum gegenüber. Dabei setzt sich das zwischen ihren Führern vorhandene gegenseitige Misstrauen bis zu den einfachen Soldaten fort. Beiden Seiten mangelt zudem es offenbar an verlässlichen Kommandostrukturen und Kommunikationskanälen innerhalb ihrer fragmentierten Lager. Die Moral in der Truppe ist auf beiden Seiten schlecht und infolge des wirtschaftlichen Einbruchs fehlt es ihren Führern

an Ressourcen, um ihre jeweiligen Lager bei Laune und unter Kontrolle zu halten.

Nachdem ein Sprecher von Vizepräsident Machar zunächst in einem Facebook-Post behauptete, es sei versucht worden Machar bei seinem Besuch im Präsidentenpalast zu verhaften - und damit den Konflikt weiter anheizte - äußerte Machar selbst in einem Radiointerview mit BBC einen anderen Verdacht: das Gefecht am Präsidentenpalast sei ein Anschlag auf ihn und möglicherweise auch Präsident Kiir gewesen. Sein Statement nährte Spekulationen, dass eine dritte Kraft hinter der neuerlichen Eskalation steckt.

Gibt es andere Strippenzieher im Hintergrund? Ein Name, der in diesem Zusammenhang immer wieder fällt, ist Paul Malong. Er ist oberster Stabschef in Kiirs SPLA-Fraktion und gilt als Hardliner, der die Teilung der Macht mit Machars Lager ablehnt und bekämpft. Hinter einem als schwach geltenden Präsidenten Kiir, dem Gesundheitsprobleme und Alkoholismus nachgesagt werden, gilt Malong als der eigentlich mächtige Mann im Hintergrund.

Malong ist seit langer Zeit einer der wichtigsten Verbündeten Kiirs. Er ist die zentrale Figur in der Koordinierung von Kiirs Truppen und den verbündeten Milizen und er wird zudem verdächtigt auch im Netzwerk der Korruption innerhalb der SPLA-Fraktion der Regierung der dominante Akteur zu sein. Er gilt als Architekt militärischer Allianzen entlang ethnischer Linien und Initiator verschiedener Dinka-Milizen, die für zahlreiche Massaker verantwortlich gemacht werden. Hartnäckig halten sich in Juba die Gerüchte, Malong habe die neuerlichen Kämpfe an Kiir vorbei orchestriert und plane möglicherweise gar einen Putsch. Bisher bleibt die Lage jedoch verworren und schwer durchschaubar, so dass derartige Gerüchte mit Vorsicht zu genießen sind.

Auf der anderen Seite scheint auch Machar seine Truppen nicht komplett unter Kontrolle zu haben. Er scheint zudem mit weitaus weniger Soldaten als seine Gegner und ohne Flugzeuge, Panzer und anderes schweres Gerät in der schwächeren Position zu sein.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

MATHIAS KAMP

Juli 2016

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Über die Ausstattung seiner Truppen mit Waffen und Munition sowie zur Stärke der ihm verbündeten Milizen in anderen Landesteilen können derzeit keine klaren Angaben gemacht werden.

### **Friedenstruppe mit stärkerem Mandat?**

Mit der Unabhängigkeit des Südsudans beschloss der UN-Sicherheitsrat 2011 die Entsendung der Friedensmission UNMISS (United Nations Mission in the Republic of South Sudan) mit dem Ziel der Konsolidierung von Frieden und Sicherheit im Land sowie der Gewährleistung von stabilen Verhältnissen für die Entwicklung des Landes. Nach Ausbruch des Bürgerkrieges wurden die Prioritäten zugunsten des Schutzes der Zivilbevölkerung, Monitoring der Menschenrechtssituation, Unterstützung bei der Leistung humanitärer Hilfe und Überwachung des Waffenstillstands neu definiert.

Die Mission, die aktuell rund 12.000 Soldaten umfasst, wurde mehrfach beschuldigt, beim Schutz der Zivilbevölkerung zu versagen. Dies hängt auch mit dem beschränkten Mandat zusammen, sowie mit den komplizierten Befehlsstrukturen, gemäß derer die Soldaten zunächst um Erlaubnis ihrer jeweiligen Heimatländer fragen müssen, bevor sie einschreiten können. Vertreter von UNMISS äußerten zudem wiederholt ihren Unmut über unzureichende Ressourcen für die Mission.

Die neue Eskalation hatte eine Diskussion über eine Truppenaufstockung und Mandatsausweitung der Mission entfacht. Die Regionalorganisation IGAD forderte schnell eine Aufstockung und bessere Ausstattung der Truppen, unter anderem mit Kampfhubschraubern. Auch der UN-Sicherheitsrat erwägt dies und forderte von den Nachbarstaaten die Bereitschaft ein, zusätzlich Truppenkontingente bereit zu stellen. Beim Gipfel der Afrikanischen Union in Kigali laufen entsprechende Diskussionen. Der AU-Kommissar für Frieden und Sicherheit, Smail Chergui, berichtete, dass die AU eine Truppenentsendung in Betracht zieht.

Gemäß Artikel 4 der Gründungsakte der Afrikanischen Union kann die Versammlung

der Staats- und Regierungschefs bei schwerwiegenden Umständen eine militärische Intervention anordnen. Die Afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur sieht entsprechend die Einrichtung einer Eingreiftruppe (African Stand-by Force) vor, die beim letzten AU-Gipfel im Januar für einsatzfähig erklärt wurde. Ein aktiver Einsatz mit umfassendem Mandat im hochexplosiven Südsudan gegen den Willen der dortigen Führer wäre jedoch ein enorm schwieriges und riskantes Unterfangen.

Präsident Kiir lehnt eine Aufstockung internationaler Truppen in seinem Land strikt ab und sieht darin einen Angriff auf die staatliche Souveränität. Man würde keinen einzigen weiteren Soldaten akzeptieren, so Kiir.

Neben dem internationalen Truppeneinsatz werden auch die Möglichkeiten gezielter Sanktionen gegen die Verantwortlichen der Gewalt diskutiert. Auch die Verhängung eines Waffenembargos könnte wahrscheinlicher werden, da angesichts der aktuellen Umstände der Widerstand der Vetomächte USA, Russland und China zu bröckeln scheint.

### **Keine Aussicht auf Frieden - Droht der Staatszerfall?**

In der aktuellen Situation sind die Aussichten auf einen stabilen Frieden äußerst gering. Das Scheitern im Südsudan muss dabei sicher auch als Scheitern der internationalen Gemeinschaft und vor allem der wichtigen Geberländer gesehen werden. Mit viel Euphorie und massiver finanzieller Hilfe wurde die Unabhängigkeit des Südsudans unterstützt. Doch fünf Jahre später ist die Realität ernüchternd. Die Förderer der Unabhängigkeit müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, die vielen Warnungen ignoriert und die absehbaren Probleme nicht aktiv genug adressiert zu haben. Kritiker werfen die Frage auf, ob der Südsudan überhaupt bereit war für die Unabhängigkeit und ob die Eliten, die die Führung des Landes übernahmen überhaupt in der Lage und willens sind, einen funktionierenden Staat aufzubauen.

Die Skepsis ist berechtigt. Doch die Fundamentalkritik, beim unabhängigen Staat



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## UGANDA

MATHIAS KAMP

Juli 2016

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Südsudan handle es sich um eine komplette Fehlkonstruktion, hilft in der aktuellen Krise nicht weiter. Wohl aber die Einsicht, dass mit der jetzigen Strategie und mit der aktuell dominierenden Elite kaum ein friedlicher und demokratischer Staat zu machen ist. Die internationale Gemeinschaft muss sich aktiv und konsequent engagieren, um Krieg und Chaos zu verhindern und Entwicklungschancen zu ermöglichen. Ansonsten könnte im schlimmsten Falle der Staat zerfallen ohne jemals richtig funktioniert zu haben

Für das notwendige internationale Engagement lassen sich folgende Prioritäten ausmachen:

1. Eindämmung der Gewalt und Schutz der Zivilbevölkerung: Hierzu scheint eine stärkere internationale Friedensmission mit robustem Mandat unabdingbar. Dazu braucht es die Geschlossenheit der internationalen Gemeinschaft und vor allem der AU und der Nachbarstaaten.
2. Bewältigung der humanitären Katastrophe und Flüchtlingskrise: Massive humanitäre Hilfe ist von Nöten, um das Leid der Bevölkerung zu lindern und den Hungertod von unzähligen Menschen zu vermeiden. Hierzu sind entsprechende finanzielle Zusagen der Geberländer erforderlich, denn bisher waren die Mittel stets unzureichend. Die Nachbarländer müssen ihrer Verantwortung gegenüber Schutz suchen den Flüchtlingen gerecht werden. Dabei verdienen sie die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft.
3. Friedensprozess: Fortsetzung des Friedensprozesses unter starker Vermittlerrolle der IGAD. Bei zukünftigen Friedensgesprächen sollte aber der komplett auf die Lager Kiirs und Machars beschränkte Fokus überwunden werden. Auch die Rolle verschiedener Milizen muss beleuchtet werden. Außerdem sollten weitere gesellschaftliche Gruppen aktiver in den Prozess einbezogen werden. Zudem muss klar sein, dass die Nicht-Umsetzung oder Untergrabung von Vereinbarungen aus dem Friedensabkommen ernsthafte Konsequenzen nach sich zieht.
4. Waffenembargo und Sanktionen: Verhängung eines Waffenembargos, um die Proliferation von Waffen in den Südsudan zu unterbinden, und möglicherweise Verhängung gezielter Sanktionen gegen die Verantwortlichen der Gewalt. Mit Blick auf Sanktionen sollten jedoch die politischen Ziele der Sanktionen vorsichtig abgewogen werden, so dass die Gefahr vermieden wird, dass selbige den Waffenstillstand und Friedensprozess gefährden und letztlich Hardlinern in die Hände spielen.
5. Strafverfolgung und Aussöhnung: Die systematischen Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen müssen juristisch aufgearbeitet und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden, damit die Straflosigkeit ein Ende findet. Gleichzeitig muss ein transparenter und umfassender gesellschaftlicher Prozess der Aufarbeitung und Aussöhnung vorangetrieben werden. Dass der Balanceakt zwischen beiden Elementen - Strafverfolgung und Aussöhnung - enorm schwierig ist, zeigen Beispiele anderer afrikanischer Länder.
6. Schaffung funktionierender staatlicher und administrativer Strukturen und Bekämpfung der Korruption: Der Aufbau staatlicher Institutionen muss in vielerlei Hinsicht bei null anfangen. Die Machtkonzentration in der Exekutive muss reduziert werden. Um Parlament, Justiz und Verwaltung zu stärken, bedarf es letztlich einer Anpassung der Verfassung sowie massiver Unterstützung von außen mit Blick auf Beratung und Capacity Building. Das effektive Funktionieren der staatlichen Verwaltungsstrukturen kann dabei nicht gewährleistet werden, ohne die massive Korruption einzudämmen.
7. Demokratie und Wahlen: Um überhaupt eine minimale Chance zu erhalten, sich in die richtige Richtung zu entwickeln, bräuchte das Land eine handlungsfähige und demokratisch le-

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**UGANDA**

MATHIAS KAMP

**Juli 2016**

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

gitimierte, vom Volk bestimmte Regierung. Wie aber können sich im Kontext von Konflikt und Chaos demokratische Wahlen durchführen lassen, ohne dass diese selbst Auslöser von Unruhe und Gewalt werden? Eine für alle Beteiligten fast unlösbar erscheinende Aufgabe.